



Pressemitteilung der Liberalen Mitte Deutschland zur Erklärung des Bundeskanzlers zur Entwicklung in Gaza vom 8. August 2025

Zur sofortigen Veröffentlichung

Mit seiner Erklärung vom 8. August 2025, die Bundesregierung werde bis auf Weiteres keine Ausfuhren von Rüstungsgütern nach Israel genehmigen, die im Gazastreifen zum Einsatz kommen können, gibt Bundeskanzler Friedrich Merz dem antisemitischen Mob auf den Straßen und in der parlamentarischen Opposition nach und legt die Axt an einen wesentlichen Teil deutscher Staatsräson – der Sicherheit des Staates Israel als ein zentraler Bestandteil deutscher Außenpolitik und nationaler Verantwortung.

Die in der Erklärung angeführten Gründe sind in keiner Weise geeignet, diesen drastischen außenpolitischen Kurswechsel zu rechtfertigen und stellen implizit eine groteske Täter-Opfer-Umkehr dar mit entsprechend negativen Folgen auch für das jüdische Leben hier in Deutschland.

Das große Leid der Zivilbevölkerung im Gazastreifen ist bedauernswert, jedoch in erster Linie auf das Handeln der Hamas zurückzuführen. Die Nutzung menschlicher Schutzschilde, die Einbettung von Kombattanten in Privatwohnungen, Moscheen und Krankenhäuser, das Verschanzen in einem Tunnelsystem, das weitläufiger ist als die Londoner U-Bahn, das Versehen von zahlreichen Gebäuden mit Sprengfallen sowie die weitgehende Kontrolle über Hilfslieferungen zwingen Israel einen Krieg auf, der auch unter Aufwendung beispielloser Vorsichtsmaßnahmen seitens der israelischen Armee zu zahlreichen zivilen Opfern führt.

Diese Opfer nimmt die Hamas nicht nur billigend in Kauf, sondern begrüßt sie sogar ausdrücklich, um ihren weltweiten Propagandakrieg zu befeuern. Erleichtert werden ihre Bemühungen in diesem Zusammenhang durch die – zum Teil komplett unreflektierte – Übernahme der vom Hamas kolportierten Datenpunkte, z.B. Opferzahlen, durch 98% der (englischsprachigen) Mainstream-Medien, wie eine Studie ergeben hat (<https://fifty.global>).

Mit seiner am 9. August verbreiteten Erklärung zum Statement vom 8. August, in der es wörtlich heißt: „Diese Eskalation trägt auch zur Verschärfung gesellschaftlicher Konflikte in Deutschland und Europa bei“, hat der Bundeskanzler leider deutlich gemacht, dass er nicht willens oder in der Lage ist, die deutsche Staatsräson in Bezug auf Israel gegen den durch die Hamas-Propaganda angefachten Antisemitismus hierzulande durchzusetzen.



Dabei gilt: Die anhaltenden Kampfhandlungen und ggfs. deren Ausweitung sind dem fortgesetzten Widerstand der Hamas, einschließlich Raketen- und Drohnenangriffe auf die israelische Zivilbevölkerung, geschuldet. Die Herbeiführung der vollständigen Niederlage, Entwaffnung und Eliminierung der Hamas als Machtfaktor im Gazastreifen sind berechnete Kriegsziele Israels, um das Risiko einer Wiederholung ähnlicher Gräueltaten wie am 7. Oktober 2023 künftig zu minimieren. Hamas hat mit ihrem barbarischen Angriff auf Israel die aktuellen Aggressionen ausgelöst. Sie hat es auch in der Hand, mit einer bedingungslosen Kapitulation und Entwaffnung aller Kämpfer das Leid der Zivilbevölkerung zu beenden.

Angesichts des Überlebenskampfes Israels gegen den islamistisch-nihilistischen Totenkult der Hamas, Hisbollah und der iranischen Mullahs ist insbesondere von einem deutschen Bundeskanzler zu erwarten, dass er in Anbetracht unseres gemeinsamen kulturellen Erbes – bei aller berechtigten Kritik und Ermahnung Israels, auch in dieser Ausnahmesituation dieses Wertefundament zu achten – die einzige liberale Demokratie im Mittleren Osten mit aller moralischen Klarheit gegen seine Feinde in Schutz nimmt.

Vor diesem Hintergrund verurteilt die Liberale Mitte das Vorgehen des Bundeskanzlers und der Bundesregierung aufs Schärfste und fordert eine sofortige Rückbesinnung auf Deutschlands besondere Verantwortung für Israel sowie die umgehende Wiederaufnahme der bisher gelebten Ausfuhrpraxis von Rüstungsgütern dorthin.

Kontakt:

Liberale Mitte Deutschland

vertreten durch den Sprecher Leif Erik Persson

E-Mail: kontakt@liberale-mitte.de

Liberale Mitte Hessen

vertreten durch den Vereinsvorsitzenden Götz Rinn

E-Mail: goetz.rinn@fdp-oberursel.de